



Freistaat Preußen

Administrative Regierung

Rechteinhaber des Präsidiums des Deutschen Reichs / Deutschland
in der Funktion des persistent objector
- ius cogens -

An

- den Landtag / die Landtagsabgeordneten von Rheinland-Pfalz
- die Landesregierung von Rheinland-Pfalz zur Kenntnisnahme (per Fax 06131 165 744)

per Fax gemäß Kontaktliste (Anlage 1)

Aufforderung an die Landtagsabgeordneten von Rheinland-Pfalz zur Beseitigung von völkerrechtlichem Unrecht nach dem Preußenschlag am 16. Oktober 2018

Werte Landtagsabgeordnete von Rheinland-Pfalz,

gemäß der Verfassung für Rheinland-Pfalz (Verf RP) Artikel 79 (1) [Landtag, Landtagsabgeordnete] kontrolliert der Landtag die vollziehende Gewalt und wirkt an der Willensbildung des Landes in der Behandlung öffentlicher Angelegenheiten mit.

Die Landesregierung Rheinland-Pfalz, Träger des Gewaltmonopols der ehemals französischen Besatzungszone in der Zeit der Nachkriegsordnung Deutschlands, ist ihrer Mitwirkungspflicht bis zum 05. Dezember 2018 an der Restitution des Auswärtigen Amtes des sich reorganisierenden Freistaats Preußen nach den Überfällen auf den Freistaat Preußen am 16. Oktober 2018 durch terroristische Vereinigungen mit den Symbolen der Bundesrepublik Deutschland bzw. deren „Gliedstaaten“ nicht nachgekommen. (Anlage)

Somit ist davon auszugehen, daß die Landesregierung gemäß Art. 104 Verf RP [Richtlinienkompetenz, Ressortprinzip]

„Der Ministerpräsident bestimmt die Richtlinien der Politik und ist dafür dem Landtag verantwortlich. Innerhalb dieser Richtlinien leitet jeder Minister seinen Geschäftsbereich selbständig und unter eigener Verantwortung gegenüber dem Landtag. Das Weitere regelt die Landesregierung durch ihre Geschäftsordnung.“

mit Annahme durch konkludentes Handeln die Verantwortung für den Preußenschlag am 16. Oktober 2018 übernommen hat.

Wie aus der Anlage Drucksache 19/3734 Deutscher Bundestag vom 08.08.2018 hervor geht, teilt sich Rheinland-Pfalz seine 1.650 registrierten Staatsangehörigen mit der Bundesrepublik Deutschland, ohne selbst eine eigene Staatsangehörigkeit für sein verfassungsmäßiges Volk zu erteilen.

Außerdem enthält diese Drucksache auch folgende verbindliche Auskunft:

„Der deutsche Reisepass und Personalausweis sind kein Nachweis für die deutsche Staatsangehörigkeit, sie begründen nur eine Vermutung, dass der Inhaber die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt.“

Gemäß der Notverordnung zur Staatsangehörigkeit des Freistaats Preußen vom 14. September 2018 besitzen aus den restlichen ca. 4.000.000 Bewohner von Rheinland-Pfalz bereits diejenigen

die preußische Staatsangehörigkeit, die auf dem von Rheinland-Pfalz vereinnahmten preußischen Staatshoheitsgebiet wohnen.

Die mit Urteil vom IGH in Den Haag am 03.02.2012 als Rechtsnachfolger des 3. Reichs bestätigte Bundesrepublik Deutschland besitzt mit Neuschwabenland ihr völkerrechtskonform vom 3. Reich mit Hakenkreuzfahnen abgestecktes Staatsgebiet und vergibt ihre Staatsangehörigkeit als „deutsch“ gemäß der nationalsozialistischen Verordnung zur deutschen Staatsangehörigkeit vom 05.02.1934.

Da Artikel 79 Verf RP [Landtag, Landtagsabgeordnete] das Völkerrecht, welches seit 1864 mit den Genfer Menschenrechtskonventionen und seit 1907 mit der Haager Landkriegsordnung (HLKO) vertraglich geregelt ist, nicht brechen kann, wird Nichtwissen (z. B. bei bloßem Verweis auf Artikel 79 (2) Verf RP) keinen „Volkssouverän“ von dem Vorwurf an eine Straftatbeteiligung eines Schurkenstaates (vgl. Ausführungen in Anlage 2) entlasten.

Und, da sich Rheinland-Pfalz selbst als Staat mit Gewalt gegen seine Bewohner und Personen der Bundesrepublik Deutschland definiert, verantworten sich alle Bediensteten direkt nach dem Völkerstrafgesetzbuch, ohne sich hinter dem Diktat einer französischen Besatzung verstecken zu können. Alle Gewaltakte von Rheinland-Pfalz gegen den Freistaat Preußen ausgehend, können völkerrechtlich nicht der Französischen Republik (Frankreich) als Nutznießer der ehemaligen französischen Besatzungszone zugerechnet werden.

Die öffentlich zugänglichen Weltnetzseiten www.freistaat-preussen.world und www.Staatenbund-DeutschesReich.info belegen, daß die Behauptungen zu den Überfälle am 16. Oktober 2018 jeglicher rechtlichen Grundlage entbehren:

1. Der Freistaat Preußen verwendet keine Staatssymbole von Rheinland-Pfalz oder der Bundesrepublik Deutschland.
2. Eine doppelte Staatsangehörigkeit findet nach RuStAG **keinen (!)** Zugang in die preußischen Gesetzgebung!
Der Freistaat Preußen hat kein rechtliches Interesse an den Staatsangehörigen der Bundesrepublik Deutschland, welche mit positivem Bescheid auf Feststellungsantrag bei den Behörden der Bundesrepublik Deutschland sich noch heute die deutsche Staatsangehörigkeit mit dem „Gelben Schein“ über das auf Grundlage der hitlerschen Verordnung vom 05. Februar 1934 beruhende StAG der Bundesrepublik Deutschland beurkunden lassen.
3. Der Freistaat Preußen wendet sich an seine restlichen ca. 40.000.000 Bewohner Deutschlands, welche die BRD staatenlos beansprucht, aber gemäß RuStAG durch Geburt, Abstammung und Wohnsitznahme ihren völkerrechtlich zu gewährenden Rechtsanspruch auf ihren Grund und Bodens besitzen.

Indem aus dem Auswärtigen Amt des Freistaats Preußen die Faxgeräte, die internetfähigen Rechner für den E-Post-Versand, der Amtsstempel der Poststelle, die Stempel mit dem Klischee für die Kriegsgefangenenpost bzw. mit dem Klischee des Freistaats Preußen gestohlen wurden, war zu diesem Zeitpunkt die Poststelle des Auswärtigen Amts voll umfänglich handlungsunfähig gestellt worden!!

Gemäß Artikel 91 Verf RP [Untersuchungsausschüsse] kann der Landtag die Gerichte und Verwaltungsbehörden verpflichten, dem Ersuchen der Ausschüsse um Beweiserhebung Folge zu

leisten. Die Akten der Behörden und öffentlich-rechtlichen Körperschaften sind ihnen auf Verlangen vorzulegen.

In Erfüllung Ihres Mandates als Landtagsabgeordnete(r) von Rheinland-Pfalz erwartet der Freistaat Preußen bis zum 04. Januar 2019

1. die sofortige Rückgabe aller gestohlenen Gegenstände Identitätsnachweise und Drucksachen.
2. die Aufnahme der Ermittlungen gegen alle Mitglieder der terroristischen Vereinigung unter einem einzigen Aktenzeichen und Mitteilung dieses Aktenzeichens an den Freistaat Preußen

Sonstige Kostenersatzansprüche und staatsrechtliche Ansprüche werden von dieser Mandatserfüllung nicht berührt! Die Zeichen „30 Gs 4378/18“ und „30 Gs 4379/18“ (Amtsgericht Koblenz), „2010 Js 15503/18“ (Staatsanwaltschaft Koblenz) und „VN: 008004/11042018/1318“ (Polizeidirektion Koblenz) eröffnen dem Landtag bereits einen Einstieg für die Beweiserhebung durch einen Ausschuß.

Da am 16. Oktober 2018 auch umfangreiche Daten mit der Wegnahme der Rechentechnik einschließlich externer Datenträger gestohlen worden sind, ist der Straftatbestand des Ausspähens von Daten und Spionage von Staatsgeheimnissen gegeben und die Vermutung liegt nahe, daß die Daten auf den gestohlenen Datenträgern für Gründe weiterer Überfälle manipuliert und vom Gewaltmonopol der Bundesrepublik Deutschland mißbraucht werden könnten.

Der Preußenschlag am 16. Oktober 2018 war bereits der vierte schwer bewaffnete Überfall von terroristischen Vereinigungen mit Staatssymbolen der Bundesrepublik Deutschland auf das Auswärtige Amt nach dem 22. März 2016, dem 07. Dezember 2017 und dem 11. Januar 2018. Am 24. April 2016 erfolgte nachts außerdem ein Anschlag auf die Außenanlage mit der Zerstörung der Beschilderung und des Schaukastens für amtliche Informationen.

Bis heute hat kein vollziehendes Organ oder eine Behörde der Bundesrepublik Deutschland einen begründeten Anfangsverdacht für eine Gefahr im Verzuge bei diesen Überfällen geliefert, noch eine Schadensregulierung vorgenommen, obwohl zum gewaltsamen Eindringen in das Gebäude einmal die Türverglasung eingeschlagen bzw. ein anderes Mal das Eingangstürschloß ausgetauscht wurden. Unparteiische Augenzeugen wurden mit Gewaltandrohung aus dem öffentlichen Raum vertrieben.

Es besteht nun die berechtigte Sorge, daß diese schwer bewaffneten Überfälle auf das Auswärtige Amt des sich reorganisierenden Freistaats Preußens solange stattfinden werden, bis sich auch dort die Gelegenheit für ein „versehentliches“ Erschießen bietet.

Quelle 1 zum Tathergang in Bochum am 16. Dezember 2018: „<https://web.de/magazine/panorama/bochum-einsatz-polizei-erschossen-33469976>“:

*„In Bochum hat die Polizei einen 74-Jährigen Mann erschossen. Der Mann hatte zuvor nach einem bislang noch nicht genannten **Gegenstand gegriffen**.“*

Quelle 2 zum Tathergang in Bochum am 16. Dezember 2018 : „<https://www.radiobochem.de/bochum/lokalmeldungen/lokalmeldungen/archive/2018/12/17/article/-ee5e9d8abe.html>“: (Da bereits geändert hier Zitat mit Zeitstempel vom 17.12.2018 13:30 Alter: 13 Minuten)

*„Der Mann, der gestern Abend bei einem Polizeieinsatz in der Velsstraße erschossen wurde, **zielte vorher mit einem waffenähnlichen Gegenstand auf die Polizisten**.“*

Quelle 3 zum Tathergang in Bochum am 16. Dezember 2018: „<https://www.morgenpost.de/vermischtes/article216030963/Polizist-erschiesst-74-Jahre-alten-Mann-in-Bochum.html>“

„Kontrolle eskaliert: Polizist erschießt Mann (74) in Bochum - In Bochum ist ein Senior von der Polizei erschossen worden. Er soll zuvor mit einer Revolver-Attrappe auf einen Beamten gezielt haben.“

Fazit (Zitat aus Quelle 1): „...Meistens seien die Schüsse dann nicht auf Arme oder Beine gerichtet ... 'Man muss zuverlässig treffen, man hat möglicherweise keine zweite Chance', sagte NRW-GdP-Sprecher Hegger“

Das Auswärtige Amt war, ist und bleibt eine unbewaffnete zivile Einrichtung des Freistaats Preußen !!!

Im Übrigen ist

gemäß der Veröffentlichung im Bundesgesetzblatt Jahrgang 2018 Teil I Nr. 42 Seite 2232, ausgegeben zu Bonn am 6. Dezember 2018 zum „Gesetz zur Änderung des Beamtenstatusgesetzes und des Beamtengesetzes sowie weiterer dienstlicher Vorschriften“ vom 29. November 2018 i.S.v. Artikel 1 Punkt 2. §7 a) bb)

„In Buchstabe c werden vor dem Wort ‚Deutschland‘ die Wörter ‚die Bundesrepublik‘ eingefügt“

die Verfassung von Rheinland-Pfalz abzuändern, um die arglistige Täuschung

im Artikel 74 (1) Verf RP [Demokratie und Sozialstaat, Volkssouveränität]

„(1) Rheinland-Pfalz ist ein demokratischer und sozialer Gliedstaat Deutschlands.“

aufzuheben, denn Rheinland-Pfalz war in völkerrechtlicher Würdigung der HLKO **zu keiner Zeit ein Gliedstaat von Deutschland / Deutsches Reich** und Frankreich war zu keiner Zeit völkerrechtlich legitimiert, ein Verwaltungskonstrukt in seiner französischen Besatzungszone als Gliedstaat von Deutschland / Deutsches Reich zu installieren!

Die Aufforderung an den Landtag Rheinland-Pfalz gilt als zugestellt, wenn der Faxeingang bei den Empfängern aus Anlage 1 von mindestens einem Endgerät elektronisch bestätigt wird!

Anlagen

1. Kontakte zu den Landtagsabgeordneten von Rheinland-Pfalz
2. Schreiben vom 05. Dezember 2018 „Mitwirkungspflicht bei der Restitution des Auswärtigen Amtes des sich in Reorganisation befindenen Freistaats Preußen“
3. Übertragungsprotokoll an die restitutiven Besatzermächte Deutschlands (rBMD)

Gegeben zu Fürstlich Drehna, am 18. Dezember 2018

Mit freundlichen Grüßen

Hans Franz Detlef a.d.F. B u r d a c k

Freistaat Preußen/Auswärtiges Amt

Crinitzer Str. 19 C

D-[15926] Fürstlich Drehna

www.freistaat-preussen.world

www.Staatenbund-DeutschesReich.info



Hans Franz Detlef
a.d.F. Burdack

Anlage zur Aufforderung an die Landtagsabgeordneten von Rheinland-Pfalz zur Beseitigung von völkerrechtlichem Unrecht nach dem Preußenschlag am 16. Oktober 2018

Kontakte zu den Landtagsabgeordneten von Rheinland-Pfalz
Stand 18. Dezember 2018

SPD-Landtagsfraktion

(Quelle: <https://www.spdfraktion-rlp.de/>)

Alexander Schweitzer	per Fax 06131/208-4223; 06341/9456-27
Sara Anders	per Fax 06131/208-4224
Sebastian Langguth	per Fax 06131/208-4208
Doris Ahnen	per Fax 06131/16-4300; 06131/5544899
Dr. Denis Alt	per Fax 06131/208-4246; 06751/85906-23
Kathrin Anklam-Trapp	per Fax 06131/208-4232; 06241/206-9995
Sabine Bätzing-Lichtenthäler	per Fax 06131/16-2452
Bettina Brück	per Fax 06131/208-4237; 06504/955-387
Jörg Denninghoff	per Fax 06131/208-4242; 06486/ 9045775
Alexander Fuhr	per Fax 06131/208-4253; 06391/9107-95
Manfred Geis	per Fax 06131/208-4236
Jens Guth	per Fax 06131/208-4234; 06241/9705-73
Martin Haller	per Fax 06131/208-4233; 06233/298926
Jochen Hartloff	per Fax 06131/208-4247; 06381/84-88
Hendrik Hering	per Fax 06131/208-4251; 02662/30759-29
Heijo Höfer	per Fax 06131/208-4144
Michael Hüttner	per Fax 06131/208-4239; 06721/154857
Giorgina Kazungu-Haß	per Fax 06131/208-4140; 06321/9218202
Nina Klinkel	per Fax 06131/208-4154
Johannes Klomann	per Fax 06131/208-4147
Dr. Anna Köbberling	per Fax 06131/208-4146; 0261/65012947
Roger Lewentz	per Fax 06131/16-3595; 06131/208-4149
Dr. Tanja Machalet	per Fax 06131/208-4143; 02602/81929
Hans Jürgen Noss	per Fax 06131/208-4248; 06782/9884-83
Benedikt Oster	per Fax 06131/208-4250; 02671/6038-39
Andreas Rahm	per Fax 06131/208-4142; 0631/680316-76
Jaqueline Rauschkolb	per Fax 06131/208-4245; 06361/3522
Dr. Katrin Rehhak-Nitsche	per Fax 06131/208-4245
Lothar Rommelfanger	per Fax 06131/208-4145
Marc Ruland	per Fax 06131/208-4240; 02632/945251
Ingeborg Sahler-Fesel	per Fax 06131/208-4238; 06502/93718-41
Daniel Schäffner	per Fax 06131/208-4141; 06371/94687-75
Heike Scharfenberger	per Fax 06131/208-4235
Astrid Schmitt	per Fax 06131/208-4208; 06595/9004-54
Wolfgang Schwarz	per Fax 06131/208-4243; 06341/9600-29
Alexander Schweitzer	per Fax 06131/208-4223; 06341/9456-27
Anke Simon	per Fax 06131/208-4153; 0621/572513-20
Heiko Sippel	per Fax 06131/208-4148; 06731/498-151
Nico Steinbach	per Fax 06131/208-4150; 06561/6049-501
Sven Teuber	per Fax 06131/208-3151; 0651/20066-24
Thomas Wansch	per Fax 06131/208-4249; 06303/9243-36
Fredi Winter	per Fax 06131/208-4244; 02631/28482

CDU-Landtagsfraktion

(Quelle: <http://www.cdu-fraktion-rlp.de>)

Gies, Horst	per Fax 02641-31671
Henter, Bernhard	per Fax 0651-99556049
Herber, Dirk	per Fax 06321-8900579
Huth-Haage, Simone	per Fax 06313-106839

Kessel, Adolf	per Fax 06241-25538
Kohnle-Gros, Marlies	per Fax 06371-912116
Lammert, Matthias	per Fax 06432-924565
Licht, Alexander	per Fax 06534-1530
Martin, Dr. Helmut	per Fax 0671-92065093
Meurer, Elfriede	per Fax 06571-8180
Oelbermann, Reinhard	per Fax 06232-602330
Reichert, Christof	per Fax 06331-248531
Schmitt, Arnold	Fax 06502-932608
Schneid, Marion	per Fax 0621-5915721
Schneider, Christine	per Fax 06341-934622
Schnieder, Gordon	per Fax 06592-8102
Schreiner, Gerd	per Fax 06131-2084353
Seekatz, Ralf	per Fax 02663-9680403
Thelen, Hedi	per Fax 02632-953245
Wäschenbach, Michael	per Fax 02741-9365401
Weiland, Dr. Adolf	per Fax 0261-15726
Weiner, Thomas	per Fax 06331-248531
Wieland, Gabriele	per Fax 02602-6748781
Zehfuss, Johannes	per Fax 06324-971192

AfD-Landtagsfraktion

(Quelle: <https://www.afd-rlp-fraktion.de/>)

Uwe Junge	per Fax 06131/208-4040
Joachim Paul	per Fax 06131/208-4724
Dr. Timo Böhme	per Fax 06131/208-4041
Dr. Jan Bollinger	per Fax 06131/208-4035
Michael Frisch	per Fax 06131/208-4033
Iris Nieland	per Fax 06131/208-4036
Martin Louis Schmidt	per Fax 06131/208-4034
Dr. Sylvia Gross	per Fax 06131/208-4029
Damian Lohr	per Fax 06131/208-4038
Jürgen Klein	per Fax 06131/208-4032
Heribert Friedmann	per Fax 06131/208-4028
Matthias Joa	per Fax 06131/208-4031
Gabriele Bublies-Leifert	per Fax 06131/208-4030

FDP-Landtagsfraktion

(Quelle: „<https://www.fdp-fraktion-rlp.de/>“)

Monika Becker	per Fax 06131/208-4425
Helga Lerch	per Fax 06131/208-4424
Thomas Roth	per Fax 06131/208-4429
Marco Weber	per Fax 06131/208-4022 (oder 06131/208-4027)
Cornelia Willius-Senzer	per Fax 06131/208-4027 (oder 06131/208-4022)
Steven Wink	per Fax 06131/208-4428
Dr. Volker Wissing	per Fax 06131/208-4426

Landtagsfraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

(Quelle: „<https://www.gruene-fraktion-rlp.de/>“)

Zentrale	per Fax 06131/208-4131
Dr. Bernhard Braun	per Fax 06131/208-4156
Pia Schellhammer	nur über Zentrale
Jutta Blatzheim-Roegler	per Fax 06131/208-4135
Katharina Binz	nur über Zentrale
Andreas Hartenfels	nur über Zentrale
Daniel Köbler	nur über Zentrale



Freistaat Preußen

Administrative Regierung

Rechteinhaber des Präsidiums des Deutschen Reichs / Deutschland
in der Funktion des persistent objector
- ius cogens -

An
Landesregierung Rheinland-Pfalz

Staatskanzlei Rheinland-Pfalz
z.H. Frau Maria Luise Anna „Malu“ Dreyer, Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz
Peter-Altmeier-Allee 1
55116 Mainz

per Fax 06131 165 744

Mitwirkungspflicht bei der Restitution des Auswärtigen Amtes des sich in Reorganisation befindenen Freistaats Preußen

Werte Regierung des Landes Rheinland-Pfalz,
werte Frau Dreyer,

das Land Rheinland-Pfalz ist ein Träger des Gewaltmonopols der bis zum 27. April 2018 existierenden französischen Besatzungszone in der Zeit der Nachkriegsordnung Deutschlands.

Am 16. Oktober 2018 hatten Terroristen einer kriminellen Vereinigung unter offensichtlicher Federführung des Polizeipräsidiums Koblenz das **unbewaffnete und unbesetzte** Auswärtige Amt des Freistaats Preußen in der ehemaligen sowjetischen Besatzungszone überfallen. Das Auswärtige Amt erfüllt im Rahmen der Restitutionspflicht des Deutschen Reichs und des Freistaats Preußen auch gleichzeitig die Aufgaben des Reichsamtes für Auswärtige Angelegenheiten. Außerdem sind diverse Staatsaufgaben des Präsidiums Deutsches Reich und des Freistaats Preußen in die Amtsräume des Auswärtigen Amtes ausgelagert.

Die Kenntnis über diese staatliche Infrastruktur im Auswärtigen Amt ist seit Jahren weltweit unter www.freistaat-preussen.world veröffentlicht und über www.Staatendbund-DeutschesReich.info sofort weltweit erreichbar!

Bei dem terroristischen Überfall auf das Auswärtige Amt wurden verschlossene Eingangstüren und Geldkassetten (teils steckte sogar der Schlüssel) gewaltsam geöffnet bzw. aufgebrochen und zerstört, alle Schrank- und Regalfächer in der gesamten Immobilie durchwühlt und wichtige staatliche Unterlagen, Stempel und Siegel, eine Dokumententasche mit Identitätsnachweisen von Staatsangehörigen, Reisepässe des Deutschen Reichs / Freistaat Preußen, staatlich genutzte Arbeitsmittel, wie Rechentechnik und Faxgeräte, Visitenkarten vom Freistaat Preußen / Deutsches Reich etc. pp. gestohlen.

Die Terroristen verließen das Auswärtige Amt ohne die geöffneten Fenster zu schließen, womit sich der Vorsatz begründet, einen größt möglichen „verdeckten“ Schaden (Heizkosten, ungehinderten Zutritt für Dritte) nachhaltig zu erzielen! Die gewaltsam aus der Schloßverriegelung gerissene Doppeltür vom Nebenglass „Kunsthogen“ wurde nicht wieder verschlossen, so daß eingelagerte

Objekte und Inventar vorsätzlich über Tage durch die weit geöffnete Tür dem Wetter ausgesetzt wurden und jederman ungehindert einen Zugriff erhalten konnte!

Das militante Auftreten einer vermuteten hochgradig bewaffneten „POLIZEI“ und die Belagerung des Anwesens während des Überfalls sollen angeblich so genannte Durchsuchungsbeschlüsse vom Amtsgericht Koblenz rechtfertigen. Da diese jedoch im Rubrum nicht für das Objekt Auswärtiges Amt gefertigt wurden und keine Unterschrift eines Richters tragen, konnten diese „gerichtlichen Durchsuchungsbeschlüsse“ zu keiner Zeit irgend eine nachvollziehbare Rechtskraft entfalten!

Einblendung

„Für die zeitgenössische Einschätzung des neuen Staatsgebildes auf deutscher Seite gilt eine Formulierung Peter Altmeiers vom 25. April 1947. Der damalige Vorsitzende der CDU-Fraktion in der Beratenden Landesversammlung erklärte bei der 3. Lesung der neuen Verfassung: 'Dieses Land ist nicht aus dem Willen des Volkes geboren, sondern stellt ein Ergebnis der Zonen- und Besatzungspolitik dar. Für uns hat das Land Rheinland-Pfalz also durchaus keinen Ewigkeitswert.' (...) Das neue Land sei bis zu einer Neuordnung der staatsrechtlichen Verhältnisse in Deutschland eine 'gegebene politische Tatsache' und brauche deswegen eine Verfassung.“

(Quelle: Dokumentation „Rheinland-Pfalz ist 60“; Herausgegeben von der Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz; Vorträge zu den Etappen rheinland-pfälzischer Zeitgeschichte 1947 – 2007)

Verfassung für Rheinland-Pfalz vom 18. Mai 1947 (Verf RP); Zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. 12. 2010, GVBl. 2010, S. 547

Artikel 10 [Zensurverbot]

(1) *Jedermann hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Niemand darf ihn deshalb benachteiligen. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.*

Artikel 74 [Demokratie und Sozialstaat, Volkssouveränität]

- (1) *Rheinland-Pfalz ist ein demokratischer und sozialer Gliedstaat Deutschlands.*
- (2) *Träger der Staatsgewalt ist das Volk.*
- (3) *Landesfarben und Landeswappen bestimmt ein Gesetz.*

Artikel 75 [Staatsorgane, Staatsbürger]

- (1) *Das Volk handelt nach den Bestimmungen dieser Verfassung durch seine Staatsbürger und die von ihnen bestellten Organe*
 - (2) *Staatsbürger sind alle Deutschen, die in Rheinland-Pfalz wohnen oder sich sonst gewöhnlich dort aufhalten. Das Nähere regelt ein Gesetz.*
-

Wie auch Ihnen bekannt ist, wurde am 27. April 2018 von Ihrer Bundeskanzlerin Frau Merkel in Washington DC bei einer internationalen Pressekonferenz gemeinsam mit dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, Herrn Trump, die Zeit der Nachkriegsordnung öffentlich für beendet erklärt.

Indem jetzt politische Überbleibsel der Besatzungsverwaltung aus der Nachkriegszeit die sich reorganisierenden staatlichen Einrichtungen des Freistaats Preußen heimtückisch überfallen und die Bevölkerung auf den frei zu gebenden Staatshoheitsgebieten terrorisieren, verüben die

Beteiligten auch vorsätzlich menschenfeindliche und völkerrechtswidrige Handlungen auf dem Staatshoheitsgebiet des Freistaats Preußen.

Seit dem 27. April 2018 ist gemäß der Restitutionspflicht §185 Völkerrecht von den alliierten Besatzermächten der Freistaat Preußen auf seinem Staatshoheitsgebiet wieder mit seinem staatlichen Gewaltmonopol herzustellen.

Den ca. 40 Mio preußischen Staatsangehörigen nach Abstammung, Geburt und Wohnort gemäß gültigem Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz vom 22. Juli 1913 stehen gerade mal die mit Stand vom 08. August 2018 registrierten 174.558 Staatsangehörigen der Bundesrepublik Deutschland gegenüber. Darin enthalten sind auch noch die wenigen Staatsangehörigen von Rheinland-Pfalz, der i.S. Art. 74 (1) Verf RP ein Gliedstaat der BRD ist und selbst keine Staatsangehörigkeit von Rheinland-Pfalz vergibt!

Die Terroristen vom 16. Oktober 2018 waren den hinterlegten so genannten Durchsuchungsbeschlüssen zufolge bestärkt gewesen, „wegen Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole“ das preußische Auswärtigen Amt auf dem Staatshoheitsgebiet des Freistaats Preußen in voll bewaffneter Kampfbereitschaft überfallen, durchsuchen und bestehlen zu müssen!

Offenkundig ist, daß der Internationale Gerichtshof in Den Haag (IGH) im Urteil vom 03. Februar 2012 die Bundesrepublik Deutschland als Rechtsnachfolger des 3. Reichs festgestellt hat, welches im öffentlichen Sprachgebrauch auch als „Nazi-Deutschland“; „1000jähriges Reich“; „Hitler-Deutschland“; „Drittes Reich“ etc. pp. bekannt ist. Die Ableitung aus dieser Rechtsnachfolge vom ersten gesamtdeutschen Nationalstaat, der sich seinen Weg über den Preußenschlag vom 20. Juli 1932 völkerrechtswidrig ebnete und aus dem mit der Verordnung vom 05. Februar 1934 die in der BRD heute erteilte gesamtdeutsche Staatsangehörigkeit hervorgeht, wird von der internationalen Presse in den verwendeten **Symbolen dieses Nationalstaates** für aussagekräftige Karikaturen über die BRD verarbeitet.

Seit dem 27. April 2018 ist die BRD durch die Anwendung der HLKO völkerrechtlich verpflichtet, ihre privaten Treuhandverwaltungen in den vier Besatzungszonen Deutschlands wieder in staatliche Verwaltungen zu überführen und das Gewaltmonopol an die Staatsangehörigen der sich in Reorganisation befindenden Glied- /Bundesstaaten des Staatenbundes Deutsches Reich zu übergeben.

Statt dessen behindert die BRD auf dem Staatshoheitsgebiet des Freistaats Preußen diese Reorganisation in ihren Verwaltungsebenen mit offenem Rechtsbruch der völkerrechtlich geschlossenen Verträge und Abkommen.

„Sogenannte 'Schurkenstaaten' gelten gemeinhin als Parias der internationalen Staatengemeinschaft, die weder willens noch in der Lage sind, sich an die grundlegenden Normen und Regeln der geltenden normativen Ordnung zu halten.“

(Quelle: Schurkenstaaten als Normunternehmer; Wunderlich, C.; Seite 82; ISBN 978-3-658-19019-4; ; Verlag Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH)

Reinhard Heinisch verknüpft „Parias“ in seinem Thema „Die deutsche Rolle im europäischen Einigungsprozess“:

„Diese Betrachtung Deutschlands beginnt mit der Beobachtung, dass kaum ein anderer Staat von der europäischen Einigung so sehr profitierte wie die Bundesrepublik. Zunächst bot der Einigungsprozess für den Paria-Staat Nachkriegsdeutschland den besten Weg zurück“

(Quelle „Interdisziplinäre Europastudien: Eine Einführung“ herausgegeben von Ulrike Liebert und Janna Wolff, Seite 352; ISBN 978-3-658-03619-5; Verlag Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH)

Auf dem preußischen Staatshoheitsgebiet sind sowohl die BRD als auch Rheinland-Pfalz Verwaltungen der alliierten Westmächte im Nachkriegsdeutschland (Artikel 133 GG).

Mitwirkungspflicht bei der Restitution des Auswärtigen Amts

Mit dem Rechtsanspruch auf das im 3. Reich völkerrechtskonform abgesteckte Neuschwabenland besitzen beide völkerrechtlich geschützte Staatsgebiete für ihren Status gemäß Artikel 20 (1) GG bzw. Artikel 74 (1) Verf RP.

Die Terroristen verwendeten am 16. Oktober 2018 Symbole der Bundesrepublik Deutschland bzw. ihrer Gliedstaaten / Länder, welche in keinerlei Zusammenhänge mit den verwendeten Staatssymbolen des Auswärtigen Amtes des Freistaats Preußen gebracht werden können und somit auch offenkundig keinen Anfangsverdacht für Ermittlungsbehörden der BRD oder Rheinland-Pfalz darstellen. Gemäß Artikel 10 Verf RP hat Rheinland-Pfalz die Veröffentlichungen von Amtsblättern des Deutschen Reichs / Deutschland durch das Auswärtige Amt des Freistaats Preußen nicht anzutasten.

Da das Land Rheinland-Pfalz noch die Herrschaftsgewalt über die Mitglieder der terroristischen Vereinigung in der ehemaligen französischen Besatzungszone besitzt, ist nunmehr Ihre Mitwirkung zur Restitution des Auswärtigen Amtes nach dem terroristischen Überfall vom 16. Oktober 2018 erforderlich.

Im Rahmen Ihrer Mitwirkungspflicht erwartet der Freistaat Preußen bis zum 05. Dezember 2018

1. die sofortige Rückgabe aller gestohlenen Gegenstände und Identitätsnachweise,
2. die Aufnahme der Ermittlungen gegen alle Mitglieder der terroristischen Vereinigung unter einem einzigen Aktenzeichen und Mitteilung dieses Aktenzeichens an den Freistaat Preußen

Sonstige Kostenersatzansprüche und staatsrechtliche Ansprüche werden von dieser Mitwirkungspflicht nicht berührt!

Sofern das Land Rheinland-Pfalz dieser Mitwirkungspflicht bis zum 05. Dezember 2018 nicht nachgekommen ist, geht der Freistaat Preußen davon aus, daß die verfassungsmäßigen Staatsorgane von Rheinland-Pfalz gemäß Art. 75 (1) Verf RP den Überfall am 16. Oktober 2018 auf das Auswärtige Amt des Freistaats Preußen organisiert und durchgeführt hatten, womit Rheinland-Pfalz i.S. Art. 74 (1) Verf RP als Gliedstaat der Bundesrepublik Deutschland demonstriert, sich nicht an die grundlegenden Normen und Regeln der geltenden normativen Ordnung zu halten, so wie sich ein „Schurkenstaat“ nach veröffentlichten wissenschaftlichen Betrachtungen verhält.

Anlagen

- Übertragungsprotokoll - restitutive Besatzermächte Deutschlands (rBMD)

Gegeben zu Fürstlich Drehna,
am 29. November 2018

Mit freundlichen Grüßen
Hans Franz Detlef a.d.F. B u r d a c k

Freistaat Preußen/Auswärtiges Amt
Crinitzer Str. 19 C
D-[15926] Fürstlich Drehna
www.freistaat-preussen.world
www.Staatenbund-DeutschesReich.info



*Hans Franz Detlef
a.d.F. Burdack*

RUNDSENDEBERICHT

ZEIT : 18/12/2018 13:51
 NAME : Freistaat Preußen
 FAX : 0
 TEL :
 S-NR. : E78295H8N349915

SEITE(N)

08

DATUM	ZEIT	FAX-NR. /NAME	Ü.-DAUER	SEITE(N)	ÜBERTR	KOMMENTAR
						~ BMD
18/12	13:38	030 2299397	02:58	08	OK	ECM RU
18/12	13:41	030 83051050	03:11	08	OK	ECM US
18/12	13:45	030 20457571	02:26	08	OK	ECM GB
18/12	13:48	030 590039067	02:54	08	OK	ECM FR

DB : DECKBLATT
 PC : PC-FAX



Freistaat Preußen
 Administrative Regierung und
 Rechtsinhaber des Präsidiums des Deutschen Reichs / Deutschland
 in der Funktion des persistent objector
 - la zogen -

Freistaat Preußen/Auswärtiges Amt
 Crintzer Str. 19 C
 D-15926 Fürstlich Drehna
 Hans Franz Detlefs d.F. B u r d u c k
 www.freistaat-preussen.world
 www.Staatsband-DeutschesReich.info

Diplomatische Korrespondenz

18-12/18 FP

Aufforderung an die Landtagsabgeordneten von Rheinland-Pfalz

Sehr geehrter Präsident der Russischen Föderation, Seine Exzellenz Herr Putin,
 sehr geehrter Botschafter der Russischen Föderation, Seine Exzellenz Herr Natschajew,
 sehr geehrter Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, Seine Exzellenz Herr Trump,
 sehr geehrter Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika, Seine Exzellenz Herr Grenell,
 sehr geehrte Premierministerin des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland,
 Ihre Exzellenz Frau May,
 sehr geehrter Botschafter des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland,
 Seine Exzellenz Herr Wood,
 sehr geehrter Präsident der Französischen Republik, Seine Exzellenz Herr Macron,
 sehr geehrte Botschafterin der Französischen Republik, Ihre Exzellenz Frau Desotès,

Ich, der bestellte Vertreter der administrativen Regierung des Staates Freistaat Preußen für das
 Auswärtige Amt und zugleich für das Reichsamt für Auswärtige Angelegenheiten vom
 Deutschen Reich / Deutschland, entbiete dem Präsidenten und dem Botschafter der Russischen
 Föderation, dem Präsidenten und dem Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika, der
 Premierministerin und dem Botschafter des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland
 sowie dem Präsidenten und der Botschafterin der Französischen Republik im Namen aller
 Regierungsvertreter des sich in Reorganisation befindenden Staates Freistaat Preußen meine besten
 Empfehlungen.

Vor dem Hintergrund, daß seit dem 27. April 2018 die Nachkriegsordnung der Welt und damit auch
 die Besetzung Deutschlands mit dem Besatzungsgesetz „Grundgesetz für die Bundesrepublik
 Deutschland“ zu Ende ist, erlaube ich mir, Ihren Exzellenzen die Aufforderung an die
 Landtagsabgeordneten von Rheinland-Pfalz mit den anhängigen Kontakten zur Kenntnisnahme und
 Beachtung zu übersenden.

Wir wünschen uns Frieden für alle Völker dieser Erde auf dem Fundament der Wahrheit.

RUNDSENDEBERICHT

ZEIT : 19/12/2018 01:59
 NAME : Freistaat Preußen
 FAX : 0
 TEL :
 S-NR. : E78295H8N349915

SEITE(N)

11

DATUM	ZEIT	FAX-NR. /NAME	Ü.-DAUER	SEITE(N)	ÜBERTR	KOMMENTAR
18/12	15:19	06131165744	04:11	11	OK	ECM
18/12	15:26	06131208-4224	04:09	11	OK	ECM
18/12	15:31	06131208-4208	03:20	11	OK	ECM
18/12	15:35	0613116-4300	03:52	11	OK	ECM
18/12	15:40	061315544899	04:09	11	OK	ECM
18/12	15:48	06131208-4232	04:09	11	OK	ECM
18/12	15:53	06241206-9995	03:21	11	OK	ECM
18/12	15:57	0613116-2452	03:20	11	OK	ECM
18/12	16:01	06131208-4237	04:09	11	OK	ECM
18/12	16:05	06504955-387	03:23	11	OK	ECM
18/12	16:09	06131208-4242	04:09	11	OK	ECM
18/12	16:14	064869045775	04:09	11	OK	ECM
18/12	16:21	063919107-95	03:29	11	OK	ECM
18/12	16:28	06241970573	03:21	11	OK	ECM
18/12	16:36	0638184-88	04:12	11	OK	ECM
18/12	16:42	0266230759-29	04:09	11	OK	ECM
18/12	16:47	06131208-4144	04:14	11	OK	ECM
18/12	16:52	06131208-4239	04:09	11	OK	ECM
18/12	16:57	06721154857	03:45	11	OK	ECM
18/12	17:04	06131208-4154	04:09	11	OK	ECM
18/12	17:09	06131208-4147	04:09	11	OK	ECM
18/12	17:14	06131208-4146	04:09	11	OK	ECM
18/12	17:20	0613116-3595	04:11	11	OK	ECM
18/12	17:25	06131208-4149	04:09	11	OK	ECM
18/12	17:30	06131208-4143	04:09	11	OK	ECM

DB : DECKBLATT
 PC : PC-FAX



Freistaat Preußen
 Administrative Regierung
 Rechtsinhaber des Präsidiums der Deutschen Reichs / Deutschland
 in der Funktion des Reichspräsidenten

An
 -den Landtag / die Landtagsabgeordneten von Rheinland-Pfalz
 -die Landesregierung von Rheinland-Pfalz zur Kenntnisnahme (per Fax 06131 165 744)
 per Fax gemäß Sonstaktuelle (Anlage 1)

Aufforderung an die Landtagsabgeordneten von Rheinland-Pfalz zur Beseitigung von völkerrechtlichem Unrecht nach dem Preußenschlag am 16. Oktober 2018

Werte Landtagsabgeordnete von Rheinland-Pfalz,
 gemäß der Verfassung für Rheinland-Pfalz (Verf RP) Art. 79 (1) (Landtag, Landtagsabgeordnete) kontrolliert der Landtag die Vollstreckung des Urteils und wirkt an der Willensbildung des Landes in der Behandlung öffentlicher Angelegenheiten mit.

Die Landesregierung Rheinland-Pfalz, Träger des Gewaltmonopols der ehemaligen französischen Besatzungszone in der Zeit der Nachkriegsordnung Deutschlands, ist ihrer Mitwirkungspflicht bis zum 05. Dezember 2018 an der Restitution des Auswärtigen Amtes des sich reorganisierenden Freistaats Preußen nach den Überfallen aus den Freistaat Preußen am 16. Oktober 2018 durch terroristische Vereinigungen mit dem Symbolen der Bundesrepublik Deutschland bzw. deren Symbolen nicht auszuweichen, daß die Landesregierung gemäß Art. 104 Verf RP

(Richtlinienkompetenz, Ressortprinzip)
 „Der Ministerpräsident bestimmt die Richtlinien der Politik und ist dafür dem Landtag verantwortlich. Innerhalb dieser Richtlinien leitet jeder Minister seinen Geschäftsbereich selbstständig und unter eigener Verantwortung gegenüber dem Landtag. Das Wort leitet die Landesregierung durch ihre Geschäftsführung.“

mit Annahme durch kolludiertes Handeln die Verantwortung für den Preußenschlag am 16. Oktober 2018 übernommen hat.
 Wie aus der Anlage Drucksache 19/3734 Deutscher Bundestag vom 08.08.2018 hervor geht, leit sich Rheinland-Pfalz seine 1.650 registrierten Staatsangehörigen mit der Bundesrepublik Deutschland, ohne selbst eine eigene Staatsangehörigkeit für sein verfassungsmäßiges Volk zu erlangen.
 Außerdem enthält diese Drucksache auch folgende verbindliche Aussagen:
 „Der deutsche Reisepass und Personalausweis sind kein Nachweis für die deutsche Staatsangehörigkeit, sie begründen nur eine Vermutung, dass der Inhaber die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt.“
 Gemäß der Nachweisung zur Staatsangehörigkeit des Freistaats Preußen vom 14. September 2018 besitzen als den restlichen ca. 4.000.000 Bewohner von Rheinland-Pfalz bereits diejenigen

RUNDSENDEBERICHT

ZEIT : 19/12/2018 01:59
 NAME : Freistaat Preußen
 FAX : 0
 TEL :
 S-NR. : E78295H8N349915

SEITE(N)

11

DATUM	ZEIT	FAX-NR. /NAME	Ü.-DAUER	SEITE(N)	ÜBERTR	KOMMENTAR
18/12	17:35	0260281929	03:26	11	OK	ECM
18/12	17:39	06131208-4248	04:09	11	OK	ECM
18/12	17:43	067829884-83	03:22	11	OK	ECM
18/12	17:49	026716038-39	04:08	11	OK	ECM
18/12	17:54	06131208-4142	04:09	11	OK	ECM
18/12	17:59	0631680316-76	04:34	11	OK	
18/12	18:06	063613522	03:22	11	OK	ECM
18/12	18:10	06131208-4235	04:09	11	OK	ECM
18/12	18:17	02632945251	03:31	11	OK	ECM
18/12	18:23	0650293718-41	03:38	11	OK	ECM
18/12	18:27	06131208-4141	04:09	11	OK	ECM
18/12	18:33	065959004-54	03:22	11	OK	ECM
18/12	18:37	06131208-4243	04:09	11	OK	ECM
18/12	18:42	063419600-29	04:10	11	OK	ECM
18/12	18:48	06131208-4153	04:09	11	OK	ECM
18/12	18:53	0621572513-20	04:10	11	OK	ECM
18/12	18:58	06131208-4148	04:09	11	OK	ECM
18/12	19:03	06731498-151	04:09	11	OK	ECM
18/12	19:07	06131208-4150	04:09	11	OK	ECM
18/12	19:17	06131208-4249	04:09	11	OK	ECM
18/12	19:22	063039243-36	04:10	11	OK	ECM
18/12	19:27	06131208-4244	04:09	11	OK	ECM
18/12	19:31	0263128482	03:21	11	OK	ECM
18/12	19:35	02641-31671	04:09	11	OK	ECM
18/12	19:40	0651-99556049	05:20	11	OK	ECM

DB : DECKBLATT
 PC : PC-FAX



Freistaat Preußen
 Administrator Regierung
 Reichshaus der Präfektur des Reichlichen Reichs / Deutschland
 in der Parkstraße 10
 10000 Berlin

An
 -den Landtag / die Landtagsabgeordneten von Rheinland-Pfalz
 -die Landesregierung von Rheinland-Pfalz zur Kenntnisnahme (per Fax 06511 105 744)
 per Fax gemäß Kontaktliste (Anlage 1)

Aufforderung an die Landtagsabgeordneten von Rheinland-Pfalz zur Besetzung von völkerrechtlichen Unrecht nach dem Preußenschlag am 16. Oktober 2018

Werte Landtagsabgeordnete von Rheinland-Pfalz:
 gemäß der Verfassung für Rheinland-Pfalz (Verf RP) Artikel 79 (1) (Landtag, Landtagsabgeordnete) kontrolliert der Landtag die vollziehende Gewalt und wirkt an der Willensbildung des Landes in der Behandlung öffentlicher Angelegenheiten mit.
 Die Landesregierung Rheinland-Pfalz, Träger des ehemaligen Reichs der ehemaligen französischen Besatzungszone in der Zeit der Nachkriegsordnung Deutschlands, ist ihrer Mitwirkungspflicht bis zum 05. Dezember 2018 an der Resolution des Auswärtigen Amtes des sich reorganisierenden Freistaats Preußen nach den Überbleibseln auf dem Freistaat Preußen am 16. Oktober 2018 durch terroristische Vereinigungen mit den Symbolen der Bundesrepublik Deutschland bzw. deren Überbleibseln nicht eingegangen (Anlage 1).
 Sie ist es nicht gewohnt, daß die Landesregierung gemäß Art. 104 Verf RP (Rechtskompetenz, Resonanzrang)
 „Der Ministerpräsident bestimmt die Richtlinien der Politik und ist dafür dem Landtag verantwortlich. Innerhalb dieser Richtlinien leitet jeder Minister seinen Geschäftsbereich selbstständig und unter eigener Verantwortung gegenüber dem Landtag. Das Weiterregiert die Landesregierung durch ihre Geschäftsführung.“
 mit Annahme durch konkubentes Handeln die Verantwortung für den Preußenschlag am 16. Oktober 2018 übernommen hat.
 Wie aus der Anlage Drucksache 19/2734 „Deutscher Bundestag vom 08.08.2018 hervor geht, leit sich Rheinland-Pfalz seine 1.650 registrierten Staatsangehörigen mit der Bundesrepublik Deutschland, ohne selbst eine eigene Staatsangehörigkeit für sein verfassungsmäßiges Volk zu akquirieren, durch die Landesregierung Rheinland-Pfalz, die die Landesregierung Rheinland-Pfalz außerdem enthält diese Drucksache auch folgende verbindliche Aussagen:
 „Der deutsche Reichsbesitz und Personennachweise sind kein Nachweis für die deutsche Staatsangehörigkeit, sie begründen nur eine Vermutung, dass der Inhaber die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt.“
 Gemäß der Hausverordnung zur Staatsangehörigkeit des Freistaats Preußen vom 14. September 2018 besitzen aus der reiflichen ca. 4.000.000 Bewohner von Rheinland-Pfalz bereits unbefugten

RUNDSENDEBERICHT

ZEIT : 19/12/2018 01:59
 NAME : Freistaat Preußen
 FAX : 0
 TEL :
 S-NR. : E78295H8N349915

SEITE(N)

11

DATUM	ZEIT	FAX-NR. /NAME	Ü.-DAUER	SEITE(N)	ÜBERTR	KOMMENTAR
18/12	22:20	06131208-4027	04:09	11	OK	ECM
18/12	22:25	06131208-4428	04:09	11	OK	ECM
18/12	22:31	06131208-4131	03:19	11	OK	ECM
18/12	22:37	06131208-4135	04:09	11	OK	ECM
18/12	23:04	026165012947	04:30	11	OK	ECM
18/12	23:19	065616049-501	05:24	11	OK	
19/12	00:35	06371-912116	06:43	11	OK	ECM
19/12	01:09	06131208-4223	00	00	BELEGT	
19/12	01:11	06341945627	00	00	BELEGT	
19/12	01:12	06131208-4246	00	00	BELEGT	
19/12	01:14	0675185906-23	00	00	BELEGT	
19/12	01:15	06131208-4253	00	00	BELEGT	
19/12	01:17	06131208-4236	00	00	BELEGT	
19/12	01:18	06131208-4234	00	00	BELEGT	
19/12	01:19	06131208-4233	00	00	BELEGT	
19/12	01:21	06233298926	00	00	BELEGT	
19/12	01:22	06131208-4247	00	00	BELEGT	
19/12	01:24	06131208-4251	00	00	BELEGT	
19/12	01:25	06131208-4140	00	00	BELEGT	
19/12	01:27	063219218202	00	00	BELEGT	
19/12	01:28	06131208-4250	00	00	BELEGT	
19/12	01:30	06131208-4245	00	00	BELEGT	
19/12	01:31	06131208-4145	00	00	BELEGT	
19/12	01:32	06131208-4240	00	00	BELEGT	
19/12	01:34	06131208-4238	00	00	BELEGT	

DB : DECKBLATT
 PC : PC-FAX



Freistaat Preußen
 Reichsminister des Präsidiums der Deutschen Reichsregierung
 in der Funktion des präsidenten abgeboter
 in regem.

An
 -den Landtag / die Landtagsabgeordneten von Rheinland Pfalz
 -die Landesregierung von Rheinland Pfalz zur Kenntnisnahme | per Fax 06131 165 744 |
 per Fax gemäß Kontaktliste Anlage 2)

Aufforderung an die Landtagsabgeordneten von Rheinland-Pfalz zur Beseitigung von verkehrlichem Unrecht nach dem Preußenschlag am 16. Oktober 2018

Werte Landtagsabgeordnete von Rheinland-Pfalz,
 gemäß der Verordnung für Rheinland Pfalz (Verf RP) Artikel 79 (1) Bundesgesetz (Landtagsabgeordnete)
 ist die Landesregierung der Landes die vollstehende Gewalt und wirkt an der Willensbildung des Landes in der
 Behandlung öffentlicher Angelegenheiten mit.

Die Landesregierung Rheinland-Pfalz, Träger des Gewaltmonopols der ehemaligen französischen
 Besatzungszone in der Zeit der Reichsregierung Deutschlands, ist ihrer Mitwirkungspflicht bis
 zum 05. Dezember 2018 an der Resolution des Auswärtigen Amtes des sich reorganisierenden
 Freistaats Preußen nach dem Überfall auf den Freistaat Preußen am 16. Oktober 2018 durch
 die Landesregierung Rheinland-Pfalz nicht nachgekommen. (Anlage)
 Somit ist davon auszugehen, daß die Landesregierung gemäß Art. 104 Verf RP
 (Rechtswahrnehmung, Resorverteilung)
 „Der Ministerpräsident bestimmt die Richtlinien der Politik und ist dafür dem Landtag
 verantwortlich. Inwieweit dieser Richtlinien erteilt oder Minister seinen Geschäftsbereich
 selbständig und unter eigener Verantwortung gegenüber dem Landtag. Das Weiter regelt die
 Landesregierung durch ihre Ordnungsbefugnis.“

mit Annahme durch kollabiertes Handeln die Verantwortung für den Preußenschlag am 16.
 Oktober 2018 übernommen hat.

Wie aus der Anlage Druckliste 10/17/14 „Deutscher Bundestag vom 06.08.2018 hervor geht, teil
 sich Rheinland-Pfalz seine 1.550 regionalen Staatsangehörigen mit der Bundesrepublik
 Rheinland, ohne selbst eine eigene Staatsangehörigkeit für sein verfassungsmäßiges Volk zu
 erlangen.

Außerdem enthält diese Druckliste auch folgende verbindliche Aussagen:
 „Der deutsche Reichspass und Personalausweis sind kein Nachweis für die deutsche
 Staatsangehörigkeit, sie begründen nur eine Vermutung, dass der Inhaber die deutsche
 Staatsangehörigkeit besitzt.“
 „Der deutsche Reichspass und Personalausweis des Freistaats Preußen vom 14. September
 2018 basieren auf dem rechtlichen ca. 4.000.000 Bewohner von Rheinland-Pfalz bereits dazugehörig
 18. Dezember 2018 - Aufforderung an die Landtagsabgeordneten von RP 1/4

RUNDSENDEBERICHT

ZEIT : 19/12/2018 01:59
 NAME : Freistaat Preußen
 FAX : 0
 TEL :
 S-NR. : E78295H8N349915

SEITE(N)

11

DATUM	ZEIT	FAX-NR. /NAME	Ü.-DAUER	SEITE(N)	ÜBERTR	KOMMENTAR
19/12	01:35	0637194687-75	00	00	BELEGT	
19/12	01:36	063419456-27	00	00	BELEGT	
19/12	01:38	06131208-3151	00	00	BELEGT	
19/12	01:38	065120066-24	00	00	BELEGT	
19/12	01:39	06321-8900579	00	00	BELEGT	
19/12	01:40	06432-924564	00	00	BELEGT	
19/12	01:42	06571-8180	00	00	BELEGT	
19/12	01:43	02602-6748781	00	00	BELEGT	
19/12	01:44	06324-971192	03:01	00	FEHLER	ECM
19/12	01:47	06131208-4724	00	00	BELEGT	
19/12	01:49	06131208-4035	00	00	BELEGT	
19/12	01:50	06131208-4031	00	00	BELEGT	
19/12	01:52	06131208-4030	00	00	BELEGT	
19/12	01:53	06131208-4425	00	00	BELEGT	
19/12	01:55	06131208-4424	00	00	BELEGT	
19/12	01:56	06131208-4429	00	00	BELEGT	
19/12	01:58	06131208-4426	00	00	BELEGT	
19/12	01:59	06131208-4156	00	00	BELEGT	

DB : DECKBLATT
 PC : PC-FAX



Freistaat Preußen

Administrative Regierung
 Rechtsinhaber des Patrimoniums des Deutschen Rechts / Deutschland
 in der Funktion des permanenten Objectors

An
 -den Landtag / die Landtagsabgeordneten von Rheinland-Pfalz
 -die Landesregierung von Rheinland-Pfalz zur Kenntnisnahme (per Fax 06131 185 744 1
 per Fax gemäß Kontaktliste (Anlage 1)

**Aufforderung an die Landtagsabgeordneten von Rheinland-Pfalz zur Beseitigung
 von völkerrechtlichem Unrecht nach dem Preußenschlag am 16. Oktober 2018**

Werte Landtagsabgeordnete von Rheinland-Pfalz,
 gemäß der Verfassung für Rheinland-Pfalz (Vorf RF) Artikel 79 (1) Landtag, Landtagsabgeordnete;
 kontrolliert der Landtag die vollziehende Gewalt und wirkt an der Willensbildung des Landes in der
 Behandlung öffentlicher Angelegenheiten mit.

Das Landesregiment Rheinland-Pfalz, Träger des Gewaltmonopols der ehemals französischen
 Besatzungszone in der Zeit der Nachkriegszeit Deutschlands, ist ihrer Mitverantwortungspflicht bis
 zum 05. Dezember 2018 an der Reibaktion des Auswärtigen Amtes des sich reorganisierenden
 Freistaats Preußen nach den Überfällen auf den Freistaat Preußen am 16. Oktober 2018 durch
 terroristische Vereinigungen mit den Symbolen der Bundesrepublik Deutschland bzw. deren
 „Gleichsätzen“ nicht nachgekommen. (Anlage)

Somit ist davon auszugehen, daß die Landesregierung gemäß Art. 104 Vorf RF
 (Recht der Landesregierung) die Befugnisse der Reichsregierung der Politik und ist für dem Landtag
 verantwortlich, innerhalb dieser Befugnisse die Befugnisse der Politik und ist für dem Landtag
 verantwortlich und unter eigener Verantwortung gegenüber dem Landtag. Das Weitere regelt die
 Landesregierung durch ihre Geschäftsführung.

mit Anwaltskanzlei durch konkurrenztaugliches Handeln die Verantwortung für den Preußenschlag am 16.
 Oktober 2018 übernommen hat.

Wie aus der Anlage Drucksache 19/3734 Deutscher Bundestag vom 08.08.2018 hervor geht, teilt
 sich Rheinland-Pfalz seine 1.650 registrierten Staatsangehörigen mit der Bundesrepublik
 Deutschland, ohne selbst eine eigene Staatsangehörigkeit für sich verfassungsmäßigem Vork zu
 erhalten.

Außerdem enthält diese Drucksache auch folgende verbindliche Auskünfte:
 - Die Staatsangehörigen sind kein Nachweis für die deutsche
 Staatsangehörigkeit, sie begründen nur eine Vermutung, dass der Inhaber die deutsche
 Staatsangehörigkeit besitzt.

Gemäß der Notverordnung zur Staatsangehörigkeit des Freistaats Preußen vom 14. September
 2018 besitzen aus den restlichen ca. 4.000.000 Bewohner von Rheinland-Pfalz bereits diejenigen

Öffentliche Bekanntmachung

Schriftsatz vom 18. Dezember 2018 „Aufforderung an die Landtagsabgeordneten von Rheinland-Pfalz zur Beseitigung von völkerrechtlichem Unrecht nach dem Preußenschlag am 16. Oktober 2018“

zur Kenntnisnahme und Beachtung
an

Verfassungsgerichtshof Rheinland-Pfalz Oberlandesgericht Koblenz	per Fax ¹⁾ : 0261 1307 – 18010 per Fax ¹⁾ : 0261 102-2900
Pfälzisches Oberlandesgericht Zweibrücken	per Fax ¹⁾ : 06332 805-311
Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz Landgericht Bad Kreuznach Landgericht Koblenz	per Fax ¹⁾ : 0261 1307 - 18010 per Fax ¹⁾ : 0671/708-1213 per Fax ¹⁾ : 0261/102-1908; 06432/9253-401
Landgericht Mainz	per Fax ¹⁾ : 06341 22-380; 06341 22-386; 06341 22-388 ;06341 22-777
Landgericht Trier	per Fax ¹⁾ : 0651/466-1900
Landgericht Frankenthal (Pfalz) Landgericht Kaiserslautern	per Fax ¹⁾ : 06233 80-1900 per Fax ¹⁾ : 0631 3721-104; 0631 3721-129; 0631 3721-140
Landgericht Landau in der Pfalz	per Fax ¹⁾ : 06341 22-380; 06341 22-386; 06341 22-388; 06341 22-777
Generalstaatsanwaltschaft Koblenz Generalstaatsanwaltschaft Zweibrücken Polizeipräsidium Koblenz	per Fax ¹⁾ : 0261 1307-38010 per Fax ¹⁾ : 06332/805-352 per Fax ¹⁾ : 0261 103 2299
Staatsanwaltschaft Koblenz Amtsgericht Koblenz Polizeidirektion Koblenz	per Fax ¹⁾ : 0261 1307-38510 per Fax ¹⁾ : 0261 102-10630 per Fax ¹⁾ : 0261 103 2448

¹⁾ Achtung, eine erneute bzw. andere Zustellung bei Übertragungsfehler auf Seiten des Empfängers erfolgt nicht!
Eingänge in staatlichen Organen und Behörden der Bundesrepublik Deutschland sind gemäß Amtspflicht weiterzuleiten.

RUNDSENDEBERICHT

ZEIT : 19/12/2018 14:59
 NAME : Freistaat Preußen
 FAX : 0
 TEL :
 S-NR. : E78295H8N349915

SEITE(N)

12

DATUM	ZEIT	FAX-NR. /NAME	Ü.-DAUER	SEITE(N)	ÜBERTR	KOMMENTAR
19/12	13:02	02611307 18010	04:25	12	OK	ECM
19/12	13:07	0261 102-2900	03:37	12	OK	ECM
19/12	13:12	06332 805-311	03:39	12	OK	ECM
19/12	13:16	0261 1307 - 18010	04:25	12	OK	ECM
19/12	13:21	0671708-1213	03:36	12	OK	ECM
19/12	13:25	0261102-1908	05:29	12	OK	ECM
19/12	13:32	06432 9253-401	04:12	12	OK	ECM
19/12	13:37	06341 22-380	04:13	12	OK	ECM
19/12	13:42	06341 22-386	03:36	12	OK	ECM
19/12	13:47	06341 22-777	05:06	12	OK	ECM
19/12	13:53	0651 466-1900	04:14	12	OK	ECM
19/12	13:57	06233 80-1900	03:35	12	OK	ECM
19/12	14:02	0631 3721-104	03:38	12	OK	ECM
19/12	14:06	0631 3721-129	05:25	12	OK	ECM
19/12	14:12	0631 3721-140	04:09	12	OK	ECM
19/12	14:17	0261 1307-38010	04:24	12	OK	ECM
19/12	14:22	06332 805-352	05:34	12	OK	ECM
19/12	14:28	0261 103 2299	03:36	12	OK	ECM
19/12	14:32	0261 1307-38510	04:25	12	OK	ECM
19/12	14:38	0261 102-10630	03:41	12	OK	ECM
19/12	14:42	0261 103 2448	07:22	12	OK	ECM
19/12	14:55	06341 22-388	04:13	12	OK	ECM

DB : DECKBLATT
 PC : PC-FAX

Öffentliche Bekanntmachung

Schlichter vom 18. Dezember 2018 „Aufforderung an die Landtagsabgeordneten von Rheinland-Pfalz zur Beilegung von völkerrechtlichen Unrecht nach dem Prudenschlag am 16. Oktober 2018“

zur Kommunikation und Beilegung

Verhandlungsleiter Rheinland-Pfalz per Fax¹⁾: 0261 1307 - 18010
 Oberbürgermeister Koblenz per Fax¹⁾: 0261 102-2909

Pfälzisches Oberlandesgericht Zweibrücken per Fax¹⁾: 06332 805-311

Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz per Fax¹⁾: 0261 1307 - 18010

Landgericht Bad Kreuznach per Fax¹⁾: 0671 708-1213

Landgericht Koblenz per Fax¹⁾: 0261 102-1908; 06432 9253-401

Landgericht Mainz per Fax¹⁾: 0651 466-1900; 06341 22-380; 06341 22-386; 06341 22-388; 06341 22-777

Landgericht Trier per Fax¹⁾: 0633 864-689

Landgericht Trier (Präsident) per Fax¹⁾: 0633 721-104; 0633 721-129;

Landgericht Kaiserslautern 0633 3721-140

Landgericht Lutzerath in der Pfalz per Fax¹⁾: 0641 22-330; 0641 22-386; 0641 22-388; 0641 22-777

Gesamthochschule Koblenz per Fax¹⁾: 0261 1307-38010

Gesamthochschule Koblenz per Fax¹⁾: 0633 805-352

Polizeiinspektion Koblenz per Fax¹⁾: 0261 103 2299

Stadtwaldschaff Koblenz per Fax¹⁾: 0261 1307-38010

Amperhof Koblenz per Fax¹⁾: 0261 103 2448

Polizeiinspektion Koblenz per Fax¹⁾: 0261 103 2448

¹⁾ Achtung: eine e-mail bzw. andere Fernschreibart (Skype, WhatsApp, auf andere Art) empfangen ist nicht möglich. Es besteht die Gefahr, dass die Kommunikation über diese Kanäle nicht korrekt abläuft. Bitte verwenden Sie ausschließlich die angegebenen Faxnummern.